

**Bankenaufsicht**

Schweizer Regulatoren und Banken suchen Mittel gegen Bankruns

Die UBS und andere Banken sprechen mit Schweizer Regulatoren über Möglichkeiten, Bankruns aufzuhalten. Ein Fall wie jener der Credit Suisse soll nicht wiederholen.

02.11.2023 - 18:28 Uhr



Die UBS und die Schweizer Aufsichtsbehörden denken über mögliche Mittel gegen Bank-Runs nach. Foto: Reuters

London, Zürich. Die Schweizer Aufsichtsbehörden loten Insidern zufolge zusammen mit der UBS  und anderen großen Banken neue Instrumente zur Eindämmung eines möglichen zukünftigen Bankensturms aus. Die Gespräche seien Teil einer vom Kollaps der Credit Suisse  befeuerten breiteren Überprüfung der Regeln für die systemrelevanten Institute, sagten vier mit der Situation vertraute Personen zur Nachrichtenagentur Reuters. Die mögliche Maßnahmen sollen vermögende Privatkunden davon abhalten, in kurzer Frist Einlagen im großen Stil abzuheben.

Dabei werde die Staffelung von Abzügen über längere Zeiträume geprüft, erklärte eine der Personen. Die Erhebung von Gebühren für Auszahlungen sei ebenfalls eine Option, sagten zwei der Insider. Es werde auch darüber nachgedacht, den Kunden Anreize zu geben, ihre Ersparnisse länger und zu einem höheren Zinssatz zu behalten.

Die Gespräche befänden sich noch in einem frühen Stadium, so zwei der Insider. So müssten die Vorteile solcher Maßnahmen gegen mögliche Risiken abgewogen werden. Denn wenn entsprechende Regeln nur in der Schweiz eingeführt würden, könnten Kunden versucht sein, Gelder auf andere Institute umzuschichten.

Auf der Seite der Behörden seien die Schweizerische Nationalbank (SNB) und das Finanzministerium federführend. Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte: „Im Rahmen der laufenden Gesamtevaluation des Too-big-to-fail-Regelwerks in der Schweiz wird auch die Problematik von Bankruns thematisiert.“ Er bekräftigte frühere Angaben, wonach die Schweizer Regierung im Frühjahr 2024 eine Gesamtevaluation zu dem Regelwerk veröffentlichen werde. „Die SNB trägt zu diesen Arbeiten bei“, erklärte eine Sprecherin der Notenbank.

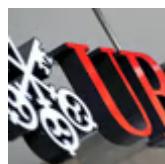
Verwandte Themen



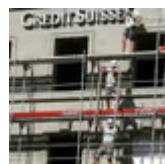
Banken in E...
[Folgen](#)



Schweiz
[Folgen](#)



UBS
[Folgen](#)



Credit Suisse
[Folgen](#)



Schweizerisc...
[Folgen](#)

Erneute Rettung könnte Schweiz überfordern

Die UBS lehnte eine Stellungnahme ab. Reuters konnte nicht in Erfahrung bringen, welche anderen Banken an den Gesprächen mit den Schweizer Behörden beteiligt sind. Neben der UBS gelten auch die Raiffeisen-Gruppe, die Zürcher Kantonalbank (ZKB) und die Postfinance als systemrelevante Institute, deren Ausfall der Wirtschaft und dem Finanzsystem des Landes schweren Schaden zufügen könnte. Ein Postfinance-Sprecher erklärte, sein Haus sei nicht an den Gesprächen beteiligt. Die ZKB lehnte eine Stellungnahme ab. Ein Raiffeisen-Sprecher wollte sich vorerst nicht äußern.

Anfang dieses Jahres zogen die Kunden von US-Banken und der Credit Suisse in enormem Ausmaß Gelder ab, sodass die Regulierungsbehörden eingreifen mussten, um eine breitere Finanzkrise zu verhindern. Seither haben sich die Aufsichtsbehörden weltweit mit der Gefahr von Bankruns auseinandergesetzt, die sich im Zeitalter des digitalen Bankings noch beschleunigt hat. Nach einem Vertrauensverlust zogen Kunden im letzten Quartal des Vorjahres 111 Milliarden Franken von der Credit Suisse ab. Weitere 61 Milliarden an Vermögenswerten flossen im ersten Quartal 2023 ab.

Nach der Übernahme der Credit Suisse befürchten Politiker, dass eine mögliche Rettung der neuen UBS die Kräfte der Schweiz übersteigen könnte. Denn ihre Bilanz ist rund doppelt so groß wie die jährliche Wirtschaftsleistung des Landes.

Mehr: Möglichkeiten zur Rettung der Credit Suisse schon im Herbst 2022 geprüft

rtr

[Zur Startseite](#)

Nachricht an die Redaktion

Mehr zum Thema

[Kommentar – Der Chefökonom](#)



Zeit zum Investieren: Deutschland braucht einen Wachstumsschub

[Kommentar – Der Chefökonom](#)



Der Klimaschutz braucht eine neue Story